



NORDRHEIN-WESTFALEN: Rot-grünes Straßenbau-Chaos



Angemeldete Straßenbauvorhaben BVWP 2015:	330 (vorläufige Anmelde-liste)
Zum Vergleich: Neuanmeldungen BVWP 2003:	245
Kosten Anmeldungen NRW für den BVWP 2015:	nicht berechnet
Investitionsmittel Fernstr.-Neu- und Ausbau 2013-16:	130 Mio. Euro pro Jahr (Durchschnitt)

Rund 330 Fernstraßenprojekte will das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen zum BVWP 2015 anmelden. Diese exorbitante Zahl ist das Ergebnis des Aufstellungsverfahrens des Landesverkehrsministeriums. Dieses befragte die Regionalräte nach ihren Wünschen. Die Regionalräte kamen dieser Aufforderung dankbar nach und übertrafen sich gegenseitig mit Vorschlägen. Das Ministerium verzichtet auf jegliche Systematik beim Verfahren, auch auf Erläuterungen der Ziele des Landes und des Bundes oder auf finanzpolitische Zwänge. Auf Nachfrage gibt es den Hinweis, dass man nicht wisse, welche Maßstäbe anzusetzen seien. Die Regierung will „möglichst diskussionsfähig bleiben“ und verfolgt so die Maßnahmen einfach weiter. Das Ministerium macht es sich einfach, wenn es sagt: „Wir würden gerne aussortieren, wissen aber nicht wie, ohne uns angreifbar zu machen“. Es drängt sich auf, dass schlicht der „Schwarze Peter“, der das Projekt aufgrund Sinnlosigkeit und Unrealisierbarkeit absagen muss, dem Bundesministerium zugeschoben werden soll. Ungenügend ist auch, dass Alternativen nicht von vorneherein mitbetrachtet werden sollen, sondern erst in der Detailplanung. Eine systematische Berücksichtigung von Umweltthemen wie Schutz von Biodiversität und Verhinderung der Zerschneidung unzerschnittener Räume (v.a. in der Eifel) fehlt ebenso wie das Ziel, mehr Verkehrssicherheit zu schaffen und die städtische Lebensqualität zu verbessern. Alternativen wurden in keinem Fall geprüft.

Die Aussage, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung „keinen Sinn“ mache und man „die Bürger nicht verwirren“ wolle, ist nicht nachvollziehbar. Es verwundert bei der gesamten Vorgehensweise nicht, dass kein durchdachtes Netz im Hintergrund der Auswahl steht. Es wird zudem im Ministerium zugegeben, dass die Vorgaben der Grundkonzeption des BMVBS „nicht im Detail geprüft“ wurden. Immerhin wird im Gespräch mit dem Ministerium deutlich, dass dort das Prinzip „Erhalt vor Ausbau vor Neubau“ durchaus unterstützt und vom Landesverkehrsminister zum Thema gemacht wird. Doch was nützt dies, wenn am Ende doch das Gegenteil herauskommt: Eine willkürliche Masse an geplanten Neubaumaßnahmen.